

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

05.04.2019

Deutschland, ein sicheres Land

Die aktuellen Zahlen zur Polizeilichen Kriminalstatistik sind erfreulich: die Gesamtzahl der erfassten Straftaten ist um 3,6 Prozent auf rund 5,5 Millionen zurückgegangen. Dass unsere Maßnahmen wirken, zeigt die Zahl der Wohnungseinbrüche. Sie ist 2018 um 16,3 Prozent zurückgegangen. Unser seit Jahren verfolgter Ansatz ist richtig: mehr Stellen für die Polizei, härtere Strafen für Einbrecher und mehr Prävention etwa durch KfW-Zuschüsse für einbruchshemmende Maßnahmen. Nicht hinnehmbar ist für uns der starke Anstieg der Straftaten gegen Polizisten und Rettungskräfte (+ 39,9 Prozent). Hier ist bereits mit einer präziseren Erfassung und mit Strafverschärfungen reagiert worden. Gleichzeitig muss aber die Netzkriminalität verstärkt in den Blick rücken.

Insgesamt ist Deutschland allerdings ein sehr sicheres Land und wir arbeiten daran, dass es so bleibt. Aber auch die äußere Sicherheit Deutschlands ist uns wichtig. Daher ist es für uns selbstverständlich, dass die Bundeswehr auch künftig an Schulen durch Jugendoffiziere über ihre Arbeit informiert. Denn Soldaten sind Bürger in Uniform und ein wichtiger Teil unseres Landes.

Und wir stehen zur NATO, zu deren Stärke wir in den letzten Jahrzehnten viel beigetragen haben. Die NATO wird auch künftig als System kollektiver Sicherheit für Deutschland unverzichtbar sein. Daher stehen wir als Unionsfraktion dazu, in einer unsicherer gewordenen Welt mehr in die äußere Sicherheit unseres Landes und damit in die Bundeswehr zu investieren, denn ohne äußere Sicherheit ist auch innere Sicherheit wenig wert.

Aus Anlass des 70. Geburtstags der NATO am 4. April 2019 haben deshalb die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD in einen gemeinsamen Antrag mit dem Titel „70 Jahre NATO – Das Rückgrat der Euroatlantischen Sicherheit stärken“ ([19/8940](#)) verfasst, der sich klar zur herausragenden Bedeutung des transatlantischen Bündnisses bekennt.

Europa lebt seit 70 Jahren in Frieden, Freiheit und Sicherheit. Das ist das Verdienst der NATO. Deutschland als zweitgrößter Mitgliedsstaat der NATO muss eine starke Stütze der NATO sein. Das erwarten unsere Alliierten von uns, das entspricht unseren eigenen Sicherheitsinteressen und es sollte der Anspruch an uns selbst sein. Deutschland wird sich auch weiterhin entschieden in die NATO einbringen – mit Ressourcen, Fähigkeiten, der Übernahme von Verantwortung und der Beteiligung an gemeinsamen Missionen.

Wir wollen auch die europäische Zusammenarbeit in der NATO stärken. In unserem Europawahlprogramm haben wir festgehalten, dass wir bis 2030 europäische Streitkräfte in die Tat umsetzen wollen. Mit Hilfe der Europäischen Rüstungsagentur und dem Europäischen Verteidigungsfonds wollen wir gemeinsame Rüstungsprojekte und Rüstungsbeschaffung fördern. Zudem wollen wir die Zahl der unterschiedlichen Waffensysteme reduzieren und die Entwicklung gemeinsamer militärischer Fähigkeiten und neuer Technologien auch im Bereich der Cyberabwehr vorantreiben. So vermeiden wir unnötige Ausgaben, erlangen eine bessere Verteidigungsfähigkeit und entwickeln eine gemeinsame Sicherheitskultur sowie gemeinsame europäische Rüstungsexportrichtlinien.

Dies muss sich dann aber auch in den Haushaltsplanungen niederschlagen. Bis zum Jahr 2020 werden die Verteidigungsausgaben substanziell steigen – auf dann 1,37 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Eine weitere Steigerung ist aber zwingend nötig, wenn wir die Bundeswehr und unsere Soldatinnen und Soldaten auch gut ausstatten und ausrüsten wollen. Wir werden uns in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den bevorstehenden Verhandlungen dafür einsetzen, dass unsere eingegangenen Verpflichtungen auch erfüllt werden.

Weg frei für Elektroroller

Elektronisch angetriebene City-Roller, sogenannte Elektro-Tretroller oder E-Scooter, sind abgasfrei, falt- und tragbar. Die nun vom Bundeskabinett beschlossene Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung soll die Benutzung im öffentlichen Straßenverkehr ermöglichen. Unterschieden wird dabei zwischen zwei Typen von Elektrokleinstfahrzeugen, für die unterschiedliche Regeln gelten: Fahrzeuge mit einer Höchstgeschwindigkeit von weniger als zwölf km/h dürfen aufgrund ihrer geringen Geschwindigkeit auf Gehwegen, gemeinsamen Fuß- und Radwegen sowie in Fußgängerzonen fahren. Sie sind vergleichbar mit Fahrrädern und Tretrollern und ab dem zwölften Lebensjahr freigegeben. Fahrzeuge mit einer Höchstgeschwindigkeit von mehr als zwölf km/h müssen grundsätzlich auf Radwegen und Radfahrstreifen fahren. Ihre Fahreigenschaften ähneln am stärksten denen des Fahrrads beziehungsweise des Elektrofahrrads (Pedelects). Das Mindestalter beträgt 14 Jahre. ([Mehr Info hierzu](#))

Energieeffizienz besser verständlich

Seit dem 1. März 2021 können EU-Verbraucher beim Kauf bestimmter Elektrogeräte im Laden oder Internet Energieverbrauch und andere Eigenschaften der Produkte anhand der neuen Effizienzklassen „A“ bis „G“ beurteilen. Die als verwirrend kritisierten bestehenden Unterkategorien mit einer unterschiedlichen Zahl von „+“-Zeichen hinter den Buchstaben werden abgeschafft. Die EU-Kommission legte jetzt fest, wie die notwendigen Angaben dargestellt werden müssen. Betroffen von der Regelung sind zunächst Geschirrspül-, und Waschmaschinen, Wäschetrockner, Kühlschränke, Lampen, Fernsehgeräte und andere Monitore. ([Mehr Info](#))

Vor Rückgang der Demokratie gewarnt

Bundesverfassungsrichter Peter Müller hat vor einem weltweiten Rückgang von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gewarnt. China errichte derzeit eine digitale Diktatur, neben der sich George Orwells „Big Brother“ ausmache wie „ein freundlicher Onkel“, sagte der ehemalige saarländische Ministerpräsident am Donnerstagabend beim Jahresempfang der evangelischen Kirchengemeinde Starnberg. Auch die Entwicklungen in Europa seien besorgniserregend. Wenn er zum 70. Geburtstag des deutschen Grundgesetzes einen Wunsch äußern dürfe, dann diesen: „Dass alle Menschen in diesem Land für Menschenwürde, Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit eintreten.“ Müller verwies darauf, dass nur wenige Kilometer von

Deutschland entfernt Polen und Ungarn an der Errichtung „illiberaler Demokratien“ arbeiteten. Unter dem Vorwand, Rechtsstaatlichkeit diene nur den Eliten, gehöre dazu in beiden Ländern die faktische Beseitigung der Verfassungsgerichtsbarkeit durch Entlassungen und parteiischer Neubesetzung, die Einschränkung von Pressefreiheit und die Beeinträchtigung zivilgesellschaftlichen Engagements. „Das ist das Konzept aller populistischen Bewegungen: Sie sind anti-elitär, anti-plural und reklamieren einen Alleinvertretungsanspruch des Volkswillens“, sagte Müller. (epd).

Digitalisierung kommt im Mittelstand an

Der Anteil der 3,76 Millionen Mittelständler in Deutschland, der in den zurückliegenden drei Jahren (2015-2017) erfolgreich, wie eine repräsentative [Analyse von KfW Research](#) zeigt. Darin ist erfreulicherweise die Zunahme der Digitalisierungsquote bei den Mittelständlern aller Größenklassen und nahezu aller Wirtschaftszweige festzustellen. Hinsichtlich des Themas Digitalisierung zeigt sich im deutschen Mittelstand ein deutlicher Größeneffekt: Je größer ein Unternehmen, umso häufiger setzt es Digitalisierungsprojekte um und umso höher fallen die Investitionen hierfür aus. Mittelständler mit mehr als 50 Mitarbeitern setzten doppelt so häufig auf digitale Projekte wie kleine Firmen mit weniger als 5 Beschäftigten (49 Prozent ggü. 28 Prozent) - und sie geben gegenüber diesen rund das 24-fache für Digitalisierungsmaßnahmen aus (147.000 EUR ggü. 6.000 EUR). Die geringen Digitalisierungsanstrengungen der Kleinunternehmen geben Anlass zur Sorge, denn diese Firmen stellen das Gros des deutschen Mittelstands. 81 % aller mittelständischen Betriebe fallen in diese Größenklasse. Es besteht die Gefahr, dass sich eine Spaltung des Mittelstands in große, stark digitalisierte Unternehmen einerseits und kleine, bei der Digitalisierung abgehängte Firmen entwickelt. Nachteilige Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Kleinbetriebe dürften die Folge sein.

Zitat

„Deutschland wird sich an seine Verpflichtungen halten und wir werden unseren Beitrag dazu leisten, dass die Nato allen Herausforderungen der Zukunft auch gerecht werden kann.“ Und „Wir werden die Nato auch in Zukunft brauchen.“ (Bundesaußenminister Heiko Maas, SPD. dpa)